

Die Wut des Protestbauern

Agrarpolitik Thomas Frenk ist Landwirt mit Leib und Seele – und verzweifelt trotzdem fast an seinem Beruf. Von Christoph Link

Ziemlich flott, wie Landwirt Thomas Frenk (42) da mit seinem schweren Traktor durch sein Dorf Schwanau-Nonnenweiler im Ortenaukreis saust, parkende Autos vor der Kirche umkurvt und schließlich in „seinem Naturschutzgebiet“ stoppt und vom Traktor klettert. Da deutet er auf ein struppiges Gebüsch und weite, jetzt zu Winteranfang noch satgrüne Wiesen. „Eigentlich bin ich auch Naturschützer und Landschaftspfleger“, sagt Thomas Frenk. Vor allem ist er aber jetzt Protestbauer. Als Pressesprecher der im Internet entstandenen Bewegung „Land schafft Verbindung – wir rufen zu Tisch“ in Baden-Württemberg ist er bei den meisten Demonstrationen gegen die Agrarpolitik von Bund und Land dabei. Und an diesem Freitag soll es mit Aktionen in den Städten weitergehen.

Thomas Frenk ist kein Biobauer, die Bezeichnung als Naturschützer hat er aber ernst gemeint. Da er auf seiner Wiese nicht so oft mäht und öfter mal Rat gebend den Besuch von einem Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde erhält – mit der hat er einen Vertrag –, haben seltene Pflanzen und Tiere hier eine Chance. „Da drüben ist ein Storch“, sagt Frenk. Einige von den Tieren machten sich nicht mehr die Mühe, nach Afrika zu fliegen. Ansonsten sehe er hier den Fischreiher, den Gro-

**„Ich möchte
bleibende
Werte
schaffen –
für meine
Kinder.“**

Thomas Frenk,
Landwirt

Ben Brachvogel und den auf der Roten Liste stehenden Wiesenknochen-Ameisenbläuling, eine Schmetterlingsart.

Thomas Frenk ist „Landwirt mit Leidenschaft“, wie er sagt. Er bewirtschaftet 90 Hektar Ackerfläche für Mais und Getreide, 40 Hektar Wiese und hat 120 Kühe und 48 Schweine – ein Allrounder sozusagen, der sich nicht spezialisiert hat auf Massentierhaltung oder sehr große Flächen, wozu Agrarökonom des Profits wegen raten würden, und der sein Viehfutter nicht als Soja in Südamerika kaufen muss, sondern es selbst erzeugt. Das ist mustergültig im ökologischen Sinne; trotzdem liegt Frenk mit den Grünen und den Lobbyisten für das Volksbegehren Rettet die Bienen über Kreuz. „Mein Vater hat immer gesagt, ein Stuhl mit drei Beinen wackelt nicht“, sagt Landwirtschaftsminister Frenk. Er wolle Lebensmittler erzeugen: „Aber mitunter frage ich mich, ob die Gesellschaft das von uns will – oder ob wir nur noch die Landschaft pflegen sollen.“

Auf dem Hof von Thomas Frenk, genannt Lindenhof, wohnen drei Generationen. Es geht etwas eng zu, für seine drei Kinder – der jüngste ist jetzt schon von der Landwirtschaft begeistert – hat Frenk neben der Hofeinfahrt einen Spielplatz mit Baumhaus gebaut. Und für die Kübler hat er extra einen Freilauf am Stall angelegt, so dass sie mehr Platz haben. Frische Luft haben sie sowieso, der Stall auf dem Frenkschen Anwesen ist ein offener Laufstall – die Tiere können sich frei bewegen. Parkplätze braucht Frenk auch, nicht nur für den Kleinwagen seines polnischen Landarbeiters, vor allem für die Kunden des Hofladens und der Hofschänke – mittlerweile dem Herzstück des Betriebes.

Die Tische in der Schänke sind weißnacktlich dekoriert, Bauer Frenk nimmt



Beim Bauernprotest im November in Berlin war auch Thomas Frenk aus dem Ortenaukreis dabei.

Fotos: imago/Stefan Zeitz, STZ/Link



Landwirt Thomas Frenk aus Schwanau-Nonnenweiler ist ein Allrounder auf seinem Hof.

Platz und packt dann aus: Er sieht die Landwirte unter massivem Druck durch ständige schärfere Vorschriften wie die neue Düngerverordnung, er sieht seinen Berufsstand zu Unrecht verunglimpft, und er sieht sich in einem Preiskampf mit den Discountern und ihren Billigangeboten.

Das Gespräch ist gerade am Laufen, da bimmelt sein stoltestes Handy, ein Radiosender will ein Kurzinterview, und Bauer Frenk spricht – und muss sich schon wieder rechtfertigen: Es geht um die Transparenz bei der landwirtschaftlichen Erzeugung. Thomas Frenk sagt im Radio, die Landwirte sollten sich „nicht verstecken“, sie sollten ihre Höfe zeigen und die Weinbauern sollten die Leute mal mitnehmen, wenn sie zu den Spritzen fahren, um ein Antipilzmittel auszubringen – ohne das gehe es eben nicht. Oder dieser so oft kritisierte Kästenstand der Muttersauen: Auch den könne man doch erklären, sagt Thomas Frenk: „Der ist nur für die Abfertigkeit in Gebrauch, danach können die Schweine doch wieder frei herumlaufen.“

Der Radioreporter ist zufrieden, der Bauer schaltet sein Handy wieder aus. Am meisten treibt ihn die Verschärfung der Düngervorschriften um. Wie ein langer Schal auf der Landkarte zieht sich ein mit

Nitrat stark belastetes sogenanntes „rotes“ Gebiet am Rhein und in den westlichen Teilen des Ortenaukreises sowie der Kreis Emmendingen, Breisgau und Lörrach von Nord nach Süd. Dort sollen die Bauern künftig 20 Prozent weniger düngen dürfen. Frenks Felder liegen mit tendenz. „Das ist doch fatal, wenn wir 20 Prozent weniger düngen dürfen. Die Pflanze wird dann von klein auf unterernährt bleiben.“

Das Netz der Nitratmessstellen hält Frenk für zu ungenau, in Österreich sei es dichter geknüpft und die Belastung mit Nitrat aus anderen Quellen jenseits der Landwirtschaft werde hierzulande nicht beachtet. Auch am Eckpunktmap der Landesregierung für mehr Artenschutz – bei dem es vor allem um die Reduktion von Pestiziden geht – lässt Frenk kein gutes Haar: „Früher haben wir DDT und E605 versprüht. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist schon stark zurückgegangen worden.“ Die Düsen seien heute so eingestellt, dass da „nix vernebelt“. Und was den Pflanzenschutz im Mais anbelangt, da habe er einen Subunternehmer, der setze mit Drohnen Nützlinge gegen den gefährlichen „Maiszünsler“ aus – ganz biologisch.

Dann ein Besuch im kleinen, gemütlichen Hofladen der Bauernfamilie. Eine Mitarbeiterin in weißer Schürze räumt die Ware ein, es ist ein liebevoll eingerichteter, blitzsauberes und nett dekoriertes Geschäft – mit Fleischtheke für die Erzeugnisse vom Hof und einem Ofen für Dry Aged Rinderfilet, was besonders gut geht. „Ohne Hofladen und Schänke wäre es schwer, finanziell zu überleben“, sagt Bauer Frenk. Selbst gebackene Kuchen und Brote, Frischmilch in Flaschen, Käse, Nudeln, Wein, Schnaps – Frenks Hofladen tauscht seine Ware mit 30 anderen Höfen der Region aus. Aus Friesenheim, Gengenbach und Frankreich kämen die Kunden. Aber der Laden macht viel Arbeit, beschäftigt neun Teilzeitmitarbeiterinnen.

Und die Konkurrenz ist scharf. Im Nachbarort von Nonnenweiler liegt unweit vom Tunnelbaumaschinenkonzern Herrenknecht ein großer Supermarkt, dessen Angebot sich mit Feinkostläden der Städte messen lassen kann. Er hat lange Öffnungszeiten, automatische Kassen und oft Billigangebote. „Ich gehe nicht in Supermärkte, aber ich lese in den Werbeheften, dass die Filetstücke vom Schwein für 2,50 Euro verschleudern. Das kann's doch nicht sein“, sagt Frenk. Er selbst habe eine 75-Stunden-Woche, aber sein Einkommen sei „mehlenweit“ von einem Mitarbeiter in der Industrie mit einer vergleichbaren Ausbildung entfernt. Sein Bruder arbeitet im Büro bei Herrenknecht.

Zur großen Protestdemonstration in Berlin ist Frenk mit dem Bus gefahren. Aber ein Landwirt vom Kaiserstuhl sei mit dem Schmalspurtraktor da gewesen, er brauchte gut zwei Tage. „So ein Traktor schluckt 15 bis 18 Liter auf 100 Kilometer“, sagt Thomas Frenk. „Wir haben für ihn gesammelt.“ Frenk will weiterprotestieren – mit Mahnfahrern und Traktorsternfahrten. Denn er will Landwirt bleiben. Und er wolle „Werte“ schaffen, sagt er, und sie seinem Sohn hinterlassen.

**„Ein Kilo
Filet vom
Schwein für
2,50 Euro –
das kann
nicht sein.“**

Thomas Frenk,
Landwirt

Aufklärung muss schnell beginnen

Verschickungskinder Die Träger der Kinderkuren sollten die Betroffenen einbeziehen. Von Hilke Lorenz

Der Aufklärungswillen der ehemaligen Verschickungskinder ist groß. Sie wollen endlich wissen, was genau in den Kinderkuren geschehen ist, in die sie von Ärzten und Krankenkassen geschickt worden sind. Sie wollen wissen, wer zu verantworten hat, was ihnen an Demütigungen und Unrecht angetan worden ist. Es geht dabei schließlich um einen langen und deshalb nicht unbedeutenden Abschnitt der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte, der sich in diesem Fall bis weit in die 80er Jahre zieht.

Viele der Betroffenen waren noch nicht einmal Schulkinder, als sie, wie es damals hieß, zur Erholung in Kur geschickt wurden. Das macht für sie das genaue Erinnern und Rekonstruieren schwer. Deshalb ist die wissenschaftliche und systematische Erforschung dieser pädagogisch unhaltbaren Zustände so wichtig. Nicht um eine weitere Opfergruppe zu identifizieren, sondern um Strukturen zu erkennen, an denen Kinderseelen zerbrechen können – mit psychischen Folgen bis in die Gegenwart.

Es ist deshalb ein erster Schritt, wenn die Träger dieser Kuren die Zustände nicht in Abrede stellen und sie selbst aufklären wollen. Sie sollten das jedoch schnell tun – und die Betroffenen beteiligen. Denn deren Ungeduld ist groß.

Bittere Wahrheit

Gesundheitswesen Das eigentliche Problem ist nicht das Geld, sondern der Personalmangel. Von Bernhard Walker

Zahlen lügen nicht. Aber manchmal sagen sie nicht die ganze Wahrheit. So ist es sachlich korrekt, wenn der Spitzenverband der Krankenkassen mitteilt, dass AOK, Barmer, DAK & Co. im Jahr 2019 ein Defizit von mehr als einer Milliarde Euro schreiben. Richtig ist aber auch, dass die Rücklage des Gesundheitsfonds derzeit etwa 10 Milliarden Euro ausmacht. Und dazu kommen Reserven einzelner Kassen, die ähnlich groß sind.

Die gesetzliche Krankenversicherung steht finanziell also auf solidem Grund – und das, obwohl die große Koalition so manche Zusatzausgabe beschlossen hat. Dazu hatte sie guten Grund. Es war an der Zeit, dass etwa Physiotherapeuten besser bezahlt werden. Und wenn die Wartezeiten auf Arzttermine kürzer werden sollen, geht das nur mit einem Honorarplus. Richtig ist auch der Versuch, die Alten- und Krankenpflege zu stärken. Wobei das Wort Versuchs bewusst gewählt ist. Denn bisher geflücht es kaum, weitere Pflegekräfte zu gewinnen. Das eigentliche Problem im Gesundheitswesen ist nicht das Geld, sondern der Personalmangel. Und die bittere Wahrheit ist, dass niemand weiß, wie sich das überall und so rasch ändern lässt, wie es im Interesse der Kranken und Pflegebedürftigen nötig wäre.

Unten Rechts

Runtergesetzt

Trickreich Wie die Playstation auf die Gemüsewaage kommt. Von Peter Stolterfoote

Auch in diesem Jahr sind wieder unzählige Playstations unter dem Weihnachtsbaum gelegen. Schließlich gilt die Spielkonsole aus dem Hause Sony, die es mittlerweile in der vierten Version gibt, als sehr zuverlässiges Instrument. Kinder wie Väter über die Feiertage ruhigzustellen. Doch das hat natürlich seinen Preis. Unter 200 Euro ist das sedierende Spielzeug nicht zu haben, was die Playstation zu einem der begehrtesten vorweihnachtlichen Diebesgüter weltweit gemacht hat.

Kreativität bewies in diesem Zusammenhang ein 19-Jähriger im ostfranzösischen Montbéliard. Im dortigen Einkaufszentrum legte er die PS-4-Konsole kurzherauf auf eine Obst- und Gemüsewaage. Heraus kam dabei ein echter Schnäppchenpreis in Höhe von 9,29 Euro. Den beglich der junge Mann dann unbemerkt an der Selbstbedienungskasse, wie die Regionalzeitung „L'Est Républicain“ berichtet. Dieser Erfolg ermunterte den Trickbetrüger zur Wiederholung, bei der er dann allerdings erwischt wurde.

Dieser Fall ist vermutlich der Grund, warum in deutschen Elektromärkten keine Obst- und Gemüsewaagen herumstehen und in Supermärkten keine Playstations verkauft werden.

Der Neuling verabschiedet die EU-müden Briten

Europa Es ist eine Premiere im Zeichen des Brexits: Das jüngste Mitglied Kroatiens übernimmt den EU-Ratsvorsitz. Von Thomas Roser

Zumindest die Vorschusslorbeeren der ranghöchsten Berufswirtschaftlerin sind dem EU-Neuling Kroatiens gewiss. Als „wahre europäische Erfolgsgeschichte“ preist Kommissionsvorsitzende Ursula von der Leyen den Adriastaat. Auch in Zagreb sind angesichts der erstmaligen Übernahme des Ratsvorsitzes griffige Floskeln angesagt. Er streite für eine EU, die „gemeint und nicht getrennt“ auftritt, verkündet der konservative Regierungschef Andrej Plenkovic.

Diplomatische Süßholzraspel haben in ungewissen Zeiten immer Konjunktur. Mit Kroatiens hat ausgerechnet das jüngste Neumitglied den erstmaligen Abschied eines EU-müden Altmitglieds unter denkbar schlechten Vorzeichen über die Bühne zu bringen: Im Zeichen des Brexits übernahm Kroatiens am 1. Januar den Ratsvorsitz. Gleichzeitig überschatteten nationalistische Töne im Präsidentschaftswahl-

kampf und Dauerkrach mit den Nachbarn Kroatiens Debüt. Einen ordnungsgemäßen Ablauf des Brexits, die Vorbereitung des Budgetpokers um die EU-Finzenzen sowie neue Impulse für den festgefahrener Erweiterungsprozess auf dem Westbalkan hat sich Zagreb hoffnungsfroh und ambitioniert für das nächste halbe Jahr zum Ziel gesetzt. Deutschland habe 2020 zwei den Ratsvorsitzenden zu mimem, züde hingegen die Skeptiker: erst für Kroatiens und ab dem 1. Juli für sich selbst.

Er wolle ein Europa, das nach außen und nicht nur nach innen blicke, gelobt der frühere Europaabgeordnete Andrej Plenkovic. Doch seit der Adriastaat im Juli 2013 der EU beitrug, scheinen sich die Horizonte eher nationalistisch verengt als europäisch geweitet zu haben. „Zentrist“ Plenkovic hält seine wacklige Koalition zwar stramm auf europäischen Mainstream-Kurs und hat außenpolitisch eine

„Orbanisierung“ Kroatiens verhindert. Doch um klare Distanzierungen von nationalistischen Kräften in oder außerhalb seiner Partei HDZ drückt sich Plenkovic gerne herum. Sowohl bei den Europawahlen im Mai als auch in der ersten Wahlrunde der Präsidentschaftskür vor Weihnachten haben neue Rechtskonkurrenten ihm und seiner HDZ kräftig zugestimmt.

Obwohl der Küstenstaat nach jahrelangem Minuswachstum seit vier Jahren wieder auf beschleunigten Wachstumskurs segelt, ist das zweitärmste EU-Mitglied keineswegs eine Erfolgsgeschichte, wie von von der Leyen behauptet. Selbst Rumänien weist mittlerweile ein höheres Sozialprodukt als Kroatiens auf. Innenpolitische Verwerfungen und der Dauerkrach mit fast allen Nachbarn machen dem Land, das mental noch immer in den Zeiten des Kroatienskriegs (1991 bis 1995) stehen geblieben scheint, genauso zu schaffen wie die ausgebliebene Umsetzung von Reformen oder die starke Emigration: Der Exodus junger Fachkräfte ins EU-Ausland hat die Jugendarbeitslosigkeit zwar gesenkt, ist aber ein Entwicklungshemmnis.

Zu einer der Prioritäten seines Ratsvorsitzes hat Kroatiens den Schutz der EU-Grenzen erklärt. Gleichzeitig sieht sich Zagreb dem Vorwurf ausgesetzt, ungewollte Transmigranten illegal über die grüne Grenze abzuräumen – und oft brutal von der Polizei verprügeln zu lassen.

Auch bei Kroatiens gespanntem Verhältnis zu den Nachbarn klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Zagreb werde der „Anwalt“ der EU-Anwärter sein, hatte die damalige Außenministerin Vesna Pusic beim Beitritt 2013 gelobt. Tatsächlich wird Kroatiens vor allem von Belgrad und Sarajevo eher als Bremsen denn als Förderer empfunden. Zweimal musste Brüssel Kroatiens wegen unzulässiger Handelsanktionen gegen den Ex-Kriegsgegner Serbien bereits zurückrufen.

Als „Höhepunkt“ von Kroatiens EU-Integration feiert Premier Plenkovic freudig den Ratsvorsitz. Tatsächlich wird die EU-Präsidentschaft das Land für ein halbes Jahr in das oft vermisste Scheinwerferlicht von Europas Öffentlichkeit rücken. Ob das dem EU-Neuling zum Vorteil gereicht, wird sich aber erst weisen müssen.